Dubi Sinovcic Oberarzt

Für eine Energieversorgung mit Zukunft

hne Energie steht die Welt still. Energie wird für alle Bereiche des menschlichen Lebens benötigt, sei es zur Herstellung von Gütern, bei der täglichen Arbeit oder in der Freizeit. Die Schweiz verfügt aktuell über eine funktionierende, sichere und günstige Energieversorgung mit einer starken einheimischen Stromproduktion. Durch die Annahme des Energiegesetzes im Jahre 2017 wird sich dieser Zustand jedoch ändern.



Mich erschreckt, wie wenig Bundesbern bei der Energieversorgung an Fakten interessiert ist. Anstatt die Versorgung mit sicherer und günstigerer Energie sicherzustellen, tanzen viele Politiker lieber um ein links-grünes Luftschloss.

Gefährliches Experiment

Das neue Energiegesetz will mit einer Reihe von Massnahmen den Energieverbrauch senken. So sind neben mehr Subventionen für erneuerbare Energien auch Ziele zur Senkung des gesamten Energieverbrauchs gesetzt. Dieser ist bis 2035 gegenüber dem Jahr 2000 um 43 Prozent zu reduzieren – eine praktische Halbierung also. Mit welchen Massnahmen dies geschehen soll, ist bislang unklar.

Wachsender Energiebedarf

Trotz Sparmassnahmen und mehr Energieeffizienz wächst der Energiekonsum weiter. Das Wachstum der ständigen Wohnbevölkerung, der Wirtschaft, der Mobilität wie auch des Wohnungsbestands sorgen dafür, dass unser Energiebedarf auch künftig nicht kleiner, sondern ansteigen wird. Unter diesem Aspekt eine Halbierung des Energieverbrauchs zu fordern, ist vollkommen illusorisch.

Wachsende Kosten bremsen das Gewerbe

Steigende Energiepreise und damit höhere Kosten sind Gift für Wachstum und Wohlstand unseres Landes. Neben dem Anstieg der Produktionskosten und der Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit hat die Bevölkerung damit auch weniger Geld zur Verfügung.

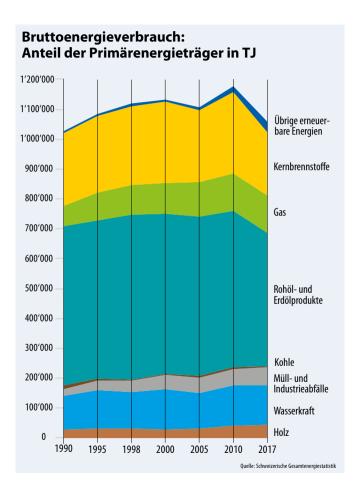
Anstelle ständig höherer Abgaben und Gebühren ist eine Reduktion der Belastungen anzustreben. Anstelle von mehr Regulierungen sind Vereinfachungen vorzunehmen. Energieträger sind nicht als Steuerquelle oder Erziehungsinstrument zu missbrauchen, sondern als reiner Produktionsfaktor zu sehen. Massnahmen haben praxisnah zu sein und dürfen keine ideologischen Ziele verfolgen.

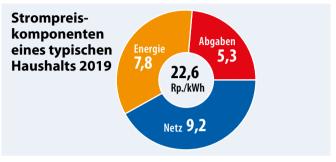
Schädliche Subventionen

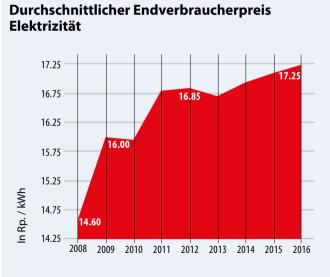
Die Milliarden an Abgaben auf die verschiedenen Energieträger fliessen grösstenteils in den Bundeshaushalt. Mit dem Rest werden erneuerbare Energien wie Wind- oder Solarkraft subventioniert – mit sehr mässigem Erfolg. Im Jahre 2017 entfielen gerade einmal 2,9 Prozent der gesamten schweizerischen Stromproduktion auf die erneuerbaren Energien Wind und Sonne. Um die Kernenergie mit einem Anteil von knapp 32 Prozent am Strommix ersetzen zu können, reicht das hinten und vorne nicht aus.

Einsparungen zum Nulltarif?

Eine zukunftsgerichtete Energiepolitik hat sich an den Prinzipien Nachfrage, Wirtschaftlichkeit, Unabhängigkeit und Umweltfreundlichkeit zu orientieren. Effizienz tönt zwar sehr gut, in der Realität ist es aber so, dass Einsparungen nur schwierig und schon gar nicht gratis zu haben sind. Die oben erwähnte Halbierung des Energieverbrauchs in den kommenden 16 Jahren wird sich vor allem auf die Reduktion der fossilen Energieträger konzentrieren. Dies macht sowohl aus versorgungs- als auch aus umweltpolitischer Sicht Sinn. Dabei gilt es aber zu beachten, dass die Reduktion der fossilen Energien zwingend einen anderen Energieträger als Ersatz benötigt. Anders gesagt: Der Ersatz einer Ölheizung durch eine Wärme-







pumpe oder eines Benzinautos durch ein Elektrofahrzeug führt zwangsläufig zu einem höheren Stromverbrauch und ist daher alles andere als nachhaltig.

Mehr Strom aus Eigenproduktion

Damit ist ebenfalls klar, dass es künftig nicht eine geringere, sondern eine höhere Stromproduktion braucht. Diese ist, im Sinne einer Verbesserung der Unabhängigkeit, mehrheitlich im Inland auszubauen. Dazu braucht es aber Strom, der jederzeit und bei allen Witterungsbedingungen verfügbar ist. Diese Voraussetzungen können, neben den fossilen Energieträgern, nur die Wasser- und die Kernkraft erfüllen. Da gesetzlich die bestehenden Kernkraftwerke in der Schweiz nicht ersetzt werden dürfen, sind vor allem die Rahmenbedingungen für die Nutzung von Wasserkraft klar zu verbessern.

Versorgungssicherheit als Grundsatz

Das oberste Ziel einer vernünftigen Energiepolitik ist günstige, unabhängige, reichlich verfügbare und umweltfreundliche Energie. Dieser Grundsatz wird mit dem aktuellen Energiemix eingehalten. Diese Hauptpfeiler unserer Stromversorgung sind jedoch in Gefahr. Der Ersatz der bestehenden Kernkraftwerke durch neue Anlagen ist gesetzlich verboten. Damit entfallen rund 32 Prozent unserer einheimischen Stromproduktion. Die Wasserkraft mit knapp 60 Prozent Anteil ist aufgrund der hochsubventionierten Wind- und Sonnenenergie im In- und Ausland ebenfalls in Gefahr. Investitionen in diese Energieträger werden wegen der unsicheren Lage verzögert oder gar

nicht mehr getätigt. Die vorgesehenen neuen Anreizsysteme für diesen wichtigsten einheimischen Energieträger sind zwar wichtig, reichen aber für einen Ausbau kaum aus.

Für eine vernünftige Energiepolitik

Die Energiepolitik der Zukunft hat sich an realistischen Annahmen und Massnahmen und nicht an ideologischen und utopischen Wunschvorstellungen zu orientieren. Staatliche und regulatorische Eingriffe wie die Erhöhung von bestehenden Abgaben und Gebühren wie auch die Schaffung neuer Steuern im Energiebereich sind auf ein Minimum zu reduzieren.

Jeder Energieträger soll, seinen Vorteilen entsprechend, an der Produktion beteiligt sein. Benachteiligungen oder gar Verbote sind abzulehnen. Anstelle eines immer dichter werden Regulierungsdickichts sind mehr Eigenverantwortung und der Abbau von Vorschriften das Gebot. Die Wirtschaft aber auch die Gesellschaft wollen selber entscheiden, welchen Energieträgern sie den Vorzug geben will. Oberstes Ziel bleibt, unser Land so unabhängig wie möglich vom Ausland zu machen.

Standpunkte

Die SVP ...

- will gesicherte, ausreichende und bezahlbare Energie für Private und Wirtschaft;
- bekämpft die teure, wirtschaftsschädigende, ideologische und ein schränkende Energiepolitik auf Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene;
- widersetzt sich Gesetzen und Vorlagen, welche einseitig auf Schutz oder Subventionen ausgerichtet sind;
- fordert, dass sich die Energieversorgung an den Prinzipien Nachfrage, Wirtschaftlichkeit, Unabhängigkeit, Umweltfreundlichkeit und geringe Immissionen orientiert;
- lehnt neue oder höhere Abgaben, Gebühren oder Steuern, welche die Energie verteuern, kategorisch ab;
- wehrt sich gegen staatliche Lenkungs- und F\u00f6rderabgaben sowie weitere Regulierungen, Vorschriften und Verbote im Energiebereich, die insbesondere Gewerbe, Randregionen und Bev\u00f6lkerung benachteiligen;
- befürwortet den Erhalt wie auch den Ausbau der inländischen Stromproduktion, insbesondere der Wasserkraft;
- spricht sich gegen Technologieverbote wie beispielsweise ein Ölheizungsverbot oder ein Fahrverbot für Benzin- oder Dieselautos aus;
- setzt sich für die Beibehaltung des bisherigen bewährten Stromes ein und lehnt eine politisch motivierte vorzeitige Abschaltung der bestehenden Kernkraftwerke sowie eine Verschlechterung der Rahmenbedingungen für alle Energieträger dezidiert ab;

- zieht positive Anreize wie Steuervergünstigungen und Investitionsabzüge im Bereich erneuerbare Energie und Energieeffizienzsteigerungen der Subventionspolitik vor;
- begrüsst die private Forschung und Realisierung von Projekten im Bereich neuer erneuerbarer Energien wie Erdwärme, Wind- und Solarenergie sowie Biomasse ohne neuen Subventionen oder Abgeltungen.

┿ Vorteile

Das bringt mir:

- ✓ als Konsument jederzeit genügend Energie zu einem günstigen Preis;
- als Unternehmer eine sichere und bezahlbare Energieversorgung mit hoher Planungs- und Kostensicherheit;
- als umweltbewusstem Bürger eine schadstoffarme und vom Ausland weitgehend unabhängige Energieversorgung;
- als Hauseigentümer keine neuen Vorschriften, Verbote, Zwänge und damit weniger Kosten;
- als Bewohner einer Randregion zukunftsfähige Arbeitsplätze in der Nähe:
- als Staatsbürger mehr Unabhängigkeit vom Ausland und von internationalen Preisen sowie weniger Erpressungsmöglichkeiten gegen unser Land.